

Breisach und Merdingen gegen Weiterbau

Resolution gegen den Weiterbau der B31 West im Breisacher Gemeinderat verabschiedet / „Die Straße ist viel zu teuer“

Breisach/Merdingen. Auf seiner ersten Sitzung des Jahres befasste sich der Breisacher Gemeinderat ausführlich mit der Fortführung der B31 West und der vom Regierungspräsidium Freiburg (RP) geplanten Vorzugsvariante. Auch in Merdingen wurde in der Januarsitzung des Gemeinderates über das Thema Weiterbau der B31 West beraten und entschieden.

In einer mit nur einer Gegenstimme verabschiedeten Stellungnahme, die die Stadt Breisach mit Hilfe eines Freiburger Rechtsanwaltes für Verwaltungsrecht verfasst hat, wendet sich die Stadt mit aller Entschiedenheit gegen die sogenannte „Vorzugsvariante 7“ und betrachtet diese als „aus der Zeit gefallen“. Zusätzlich stimmte der Breisacher Gemeinderat mit überwältigender Mehrheit für eine Resolution zu diesem Thema an das Regierungspräsidium, die von der ULB/Tierschutzpartei initiiert worden ist. Darin heißt es unter anderem: „Mit dem Bau dieser Straße zerstören wir ein intaktes Moor in einer artenreichen Region, zerschneiden wir Land-



Die in Gundlingen und Hochstetten gegründete Bürgerinitiative demonstriert schon lange mit Plakaten ihre Ablehnung der B31 West. Breite Unterstützung findet die BI nun im Breisacher Gemeinderat.

Foto: dhe

schaften, Ortschaften und Wildtierkorridore, versiegeln Landschaften, vernichten bäuerliche Existenzen, gefährden das Grundwasser und vermindern die touristische Attraktivität dieser Region.“ Der Gemeinderat fordere deshalb eine Ertüchtigung der B31 alt mit Entschärfung des Rimsinger Eis und den, falls möglich, zweispurigen Ausbau sowie die Ertüchtigung des Autobahnanschlusses bei Bad Krozingen. Zusätzlich könne eine notwendige Entlastung vom Durchgangsverkehr für

Wasenweiler und Ihringen durch Umfahrungen realisiert werden. 164 Millionen Euro für 12 Kilometer Straße mit womöglich hohen Folgekosten seien dagegen eine nicht zu rechtfertigende, jegliche Verhältnismäßigkeit sprengende Ausgabe.

Auch stellt sich die Stadt Breisach der landesweiten Verantwortung des Rohstoffbaues mit all seinen für die Bevölkerung verbundenen Negativwirkungen wie Flächenverbrauch, Emissionen und Verkehrsbelastung. Zu beachten sei auch,

„dass der Ausbau der Bahnstrecke Freiburg-Colmar sich ebenfalls positiv auf die Mehrheit der Raumschaft auswirken und dort der Individualverkehr zurückgehen wird.“

Auch in Merdingen wurde kürzlich im Gemeinderat über den Weiterbau der B31 West diskutiert. „Die Straße ist aus der Zeit gefallen“, betonte dabei Merdingens Bürgermeister Martin Rupp - und das ist zusammenfassend auch der Tenor der Stellungnahme zum Weiterbau der B 31 West, die der Gemeinderat bei einer Gegenstimme verabschiedete.

„Die Straße ist viel zu teuer, sie zerschneidet intakte und wertvolle Landwirtschaftsflächen, verstärkt die Hochwasserproblematik und wirkt dem Klimaschutz kontraproduktiv entgegen“, fasste Bürgermeister Martin Rupp die Bedenken der Gemeindeverwaltung zusammen. Zwei von drei ursprünglichen Zielen, nämlich die Entlastung der Ortschaften und die Verbesserung der regionalen Erschließung, insbesondere des Kaiserstuhls, würden mit dem Bau der aktuell vorgesehenen Straßenvariante überhaupt nicht erreicht, eine schnellere Anbindung von Breisach könne über

eine Verbesserung der bestehenden Verkehrswege realisiert werden.

Viel Kritik gibt es aus Merdingen an den erheblich gestiegenen Kosten, aber auch am Umstand, dass viele Retentionsflächen für Hochwasser durch die Vorzugsvariante verloren gehen würden. „Maßnahmen zum Schutz vor Starkregen in Merdingen wären somit kaum mehr möglich“, betonte Rupp.

Aber auch die Zerschneidung der Landschaft mitsamt des Landschaftsschutzgebietes „Zwölferholz-Haid“ wird in der Merdinger Stellungnahme thematisiert und die fehlende Bündelung der Verkehrswege kritisiert. Durch die Querung des Niedermoores bei Wasenweiler würden zudem wertvolle Kohlendioxidsspeicher zerstört, was den Zielen des Klimaschutzes widerspreche. Bürgermeister Martin Rupp befürchtete für Merdingen letztlich eher mehr Verkehr durch den Weiterbau, auch andere Gemeinden würden kaum entlastet.

Bis auf Steffen Baldinger (FBL), der gegen die Stellungnahme stimmte, waren sich alle Gemeinderäte in der Ablehnung der Vorzugsvariante des RPs einig. (esm/mag)